

Bericht

des

Schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1952

(Vom 25. Februar 1953)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1952 Bericht zu erstatten.

A. Allgemeines

Am 29. August 1952 starb nach schwerer Krankheit Herr Bundesrichter Dr. Louis Couchepin. Zu seinem Nachfolger wählte die Bundesversammlung am 25. September Herrn Antoine Favre, Sitten, Professor an der Universität Freiburg und Mitglied des Nationalrates, der sein Amt am 1. Oktober antrat.

Auf Ende des Berichtsjahres sind die Herren Dr. Eugen Blocher und Dr. Walter Nägeli nach 24- bzw. 20jähriger Tätigkeit als Mitglieder des Gerichts zurückgetreten. Als ihre Nachfolger sind am 18. Dezember 1952 die Herren Dr. Otto Deggeller und Dr. Werner Stocker, Mitglieder des Obergerichts des Kantons Zürich, gewählt worden.

Ferner ist auf Ende des Berichtsjahres Herr Prof. Claude Du Pasquier, Neuenburg, als Ersatzmann des Bundesgerichts zurückgetreten.

An Stelle der ebenfalls auf Ende 1952 zurückgetretenen Ersatzmänner des eidgenössischen Untersuchungsrichters für die romanische Schweiz, Herren Roger Pochon, Freiburg, und Raymond Jeanprêtre, Neuenburg, hat das Bundesgericht am 19. Dezember für den Rest der laufenden Amtsdauer gewählt die Herren Edouard Barde, Richter an der Cour de Justice von Genf und Pierre Delaloye, Gerichtspräsident in Monthey.

In der Eidgenössischen Schätzungskommission des Kreises III wählte das Bundesgericht an Stelle des verstorbenen Herrn Louis Bueche, St. Immer, als

Präsidenten den bisherigen 1. Ersatzmann, Herrn Dr. Karl Dannegger, Oberrichter in Bern, an dessen Stelle als 1. Ersatzmann den bisherigen 2., Herrn Dr. Hans Müller, Zivilgerichtspräsidenten in Basel, und als 2. Ersatzmann Herrn Maurice Jacot, Oberrichter in Bern. In der Schätzungskommission des VI. Kreises wurde der verstorbene 2. Ersatzmann, Herr Dr. Rudolf Steiger, Kantonsrichter in St. Gallen, durch Herrn Dr. Ernst Abderhalden, Mitglied des gleichen Gerichts, ersetzt.

Gemäss Artikel 43 des Bundesgesetzes über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes (vom 12. Juni 1951) hat das Bundesgericht eine Verordnung über die bäuerliche Betriebsaufsicht (vom 28. November 1952, AS 1952, 1010) erlassen, die am 1. Januar 1953 in Kraft getreten ist.

Vernehmlassungen wurden erstattet:

dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zum Vorentwurf für ein neues Verantwortlichkeitsgesetz;

dem Eidgenössischen Politischen Departement zu den Entwürfen bundesrätlicher Vollziehungsverordnungen zu den Abkommen vom 27. Juni 1950 mit der Ungarischen Volksrepublik bzw. vom 3. August 1951 mit der Rumänischen Volksrepublik betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr;

dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement zum Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Preiskontrolle und zur Vorlage betreffend einen Bundesbeschluss über die Genossenschaft für Getreide und Futtermittel.

Eine Anfrage des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, ob das Bundesgericht in der Lage wäre, die Funktion der im Entwurf zu einem Bundesratsbeschluss über die Durchführung der Abkommen über die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz vorgesehenen Instanz für die Beurteilung von Rekursen gegen Entscheide der Schweizerischen Verrechnungsstelle und von zivilrechtlichen Streitigkeiten zu übernehmen, musste wegen der absoluten Unmöglichkeit, die zu erwartende grosse Zahl von Streitfällen neben den ordentlichen Geschäften zu bewältigen, negativ beantwortet werden.

Im ordentlichen Geschäftsbereich des Bundesgerichts hat die vor einem Jahr festgestellte, leicht rückläufige Tendenz der Zahl der neu eingegangenen Fälle angehalten; die Gesamtzahl ist von 2183 im Jahre 1951 auf 2076 im Berichtsjahr, also um 107 Fälle zurückgegangen. Während im Vorjahr die Berufungen noch eine kleine Zunahme aufwiesen, erstreckt sich nun die Abnahme auf alle Rechtsgebiete; am stärksten ist sie bei den Strafsachen mit 49 und bei den Berufungen mit 36 Fällen.

Die bei der Kammer zur Beurteilung von Klagen auf Rückerstattung in kriegsbesetzten Gebieten weggenommener Vermögenswerte (Raubgutkammer) zu Beginn des Berichtsjahres noch hängig gewesenen letzten Geschäfte sind erledigt worden.

Statistik über die Erledigungen von 1948 bis 1952

Natur der Streitsache	1948			1949			1950			1951			1952			Auf 1953 übertragen
	Von 1947 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1948 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1949 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1950 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1951 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	
<i>I. Zivilsachen:</i>																
1. Direkte Prozesse	18	10	7	16	9	14	11	10	9	12	9	7	14	8	11	11
2. Berufungen gegen Urteile kantonaler Gerichte	71	390	378	88	393	418	58	460	412	106	470	467	109	434	433	110
3. Nichtigkeitsbeschwerden	3	11	10	4	7	9	2	10	11	1	9	9	1	14	12	3
4. Andere Zivilsachen (Revi- sions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren)	3	11	9	5	11	12	4	14	16	2	16	15	3	7	7	3
<i>II. Strafsachen</i>	33	519	499	53	540	527	66	552	570	48	535	526	57	486	492	51
<i>III. Staatsrechtliche Strei- tigkeiten</i>	200	873	882	191	897	908	180	830	838	172	749	735	186	743	731	198
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i>	72	302	294	80	265	275	70	227	234	63	213	193	83	206	187	102
<i>V. a. Beschwerden betr. das Schuldbetriebs- und Konkurswesen</i>	5	136	127	14	188	202	—	194	191	3	176	170	9	175	175	9
<i>b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeinde- und Ban- ken-Samierungen</i>	3	3	5	1	2	3	—	1	—	1	2	1	2	—	2	—
<i>VI. Freiwillige Gerichtsbar- keit</i>	1	3	3	1	7	8	—	7	7	—	4	4	—	3	3	—
Total	404	2258	2214	448	2319	2376	391	2305	2288	408	2183	2127	464	2076	2053	487

Natur der Streit Sache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte								Mittlere Dauer von der Erledigung bis zur Zustellung des Urteils bzw. Beschlusses					
		Bis 1 Monat (= 30 Tage)	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Grösste Dauer			Mittlere Dauer				
								Jahre	Monate		Monate	Tage	Monate	Tage	
<i>I. Zivilsachen:</i>															
1. Direkte Prozesse	11	3	1	2	—	4	1	2	2	10	9	20	25		
2. Berufungen	433	125	164	115	28	1	—	1	2	13	2	21	47		
3. Nichtigkeitsbeschwerden	12	3	6	3	—	—	—	—	3	22	1	23	32		
4. Revisionsbegehren, Er-läuterungsbegehren und Moderationsgesuche . . .	7	4	1	2	—	—	—	—	5	6	1	28	32		
<i>II. Strafsachen</i>	492	312	163	15	1	1	—	1	7	18	—	29	16		
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten</i>	731	256	294	115	55	9	2	4	11	25	1	26	21		
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i>	187	9	46	88	39	3	2	2	1	25	4	20	25		
<i>V. Beschwerden betr. das Schuld-betriebs- und Konkurs-wesen</i>	175	160	12	2	1	—	—	—	7	4	—	13	25		
Total	2048	872	687	342	124	18	5								

Zahl der Sitzungen im Jahre 1952

Gesamtgericht	1
I. Zivilabteilung	35
II. Zivilabteilung	40
Staatsrechtliche Kammer	42
Verwaltungsrechtliche Kammer	19
Kassationshof	28
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer	6
Anklagekammer	4
Bundesstrafgericht	2
	Total 177

B. Spezieller Teil

I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1952 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1951 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1953 übertragen
1. Direkte Prozesse (Art. 41 und 42 OG)	14	8	22	11	11
2. Berufungen (Art. 43 f. OG)	109	434	543	433	110
3. Nichtigkeitsbeschwerden (Art. 68)	1	14	15	12	3
4. Revisions-, Erläuterungs- und Moderations- begehren	3	7	10	7	3
Total	127	463	590	463	127

Von den Berufungen wurden erledigt durch:

Nichteintreten	52
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit	82
Gutheissung	66
Abweisung	216
Rückweisung an die Vorinstanz	17
	433

Von den 110 auf 1953 übertragenen Berufungen stammen 5 aus dem Jahre 1951; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 52 in den Monaten November und Dezember).

II. Strafrechtspflege

1. Die Anklagekammer hatte sich mit 39 Fällen (Vorjahr 38) zu befassen — wovon 6 aus dem Jahre 1951 —, und zwar mit

- a. der Aufsicht über 6 Voruntersuchungen, nämlich wegen
Widerhandlung gegen den Bundesratsbeschluss vom 6. Juli 1948 (Übernahme von Weissweinen),
Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft,
Ausstellung falscher Domizilbescheinigungen,
politischen Nachrichtendienstes,
militärischen, eventuell wirtschaftlichen Nachrichtendienstes,
Vergehens gegen die amtlichen Pflichten.

Die Untersuchungen in den vier letztgenannten Fällen sind noch hängig.

- b. 32 Gerichtsstandsstreitigkeiten, davon 18 unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 14 Fällen wurde der Gerichtsstand auf Begehren einer Partei bestimmt.
- c. 1 Streitigkeit betreffend Beschlagnahme von Goldstücken ist dem Bundesrat zur Beurteilung überwiesen worden.

Die Erledigung von 2 Begehren wurde auf das Jahr 1953 übertragen.

2. Das Bundesstrafgericht hat den Fall Schenk Arnold und Konsorten in einer 21tägigen Sitzung erledigt. Ein Gesuch um Wiedereinsetzung wurde abgewiesen und auf ein anderes nicht eingetreten. Der Fall Arnold Emil ist auf das Jahr 1953 übertragen worden.

3. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 496 (im Vorjahr 538), wovon 48 aus dem Jahre 1951.

Davon wurden erledigt durch:

Nichteintreten	125
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	38
Gutheissung	47
Abweisung	245
	<hr/>
	455

Die auf 1953 übertragenen Beschwerden sind alle im Berichtsjahr eingegangen, 17 davon im Monat Dezember.

Von den insgesamt 455 erledigten Geschäften wurden 300 gemäss Artikel 275^{bis} BStP und Artikel 92 OG vom Dreierausschuss des Kassationshofes behandelt.

4. Ausserordentlicher Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 4. Davon ist ein Gesuch um Zulassung als Zivilpartei im Weinhandlungsprozess abgewiesen und 3 Geschäfte sind auf das Jahr 1953 übertragen worden.

III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1952 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1953 übertragen
1. Kompetenzkonflikte (Art. 83 a OG) . . .	1	4	5	3	2
2. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83 b OG)	2	1	3	2	1
3. Streitigkeiten zwischen Vormundschaftsbehörden verschiedener Kantone (Art. 83 e OG)	—	2	2	2	—
4. Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte der Bürger (Art. 84 a OG)	172	684	856	679	177
5. Beschwerden wegen Verletzung von Konkordaten (Art. 84 b OG)	—	1	1	1	—
6. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84 c OG)	1	3	4	4	—
7. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85 a OG)	—	7	7	6	1
8. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten	1	6	7	6	1
9. Rekurse in Enteignungssachen	5	12	17	9	8
10. Revisions- und Erläuterungsbegehren (Art. 136 ff OG)	4	23	27	19	8
Total	186	743	929	731	198

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten	207
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit	141
Gutheissung	59
Abweisung	324

731

236 Fälle wurden durch den gemäss Artikel 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 13 Fälle von der I. Zivilabteilung, 18 Fälle von der II. Zivilabteilung und 44 Fälle vom Kassationshof.

Von den 198 auf 1953 übertragenen Geschäften stammen: eines aus dem Jahre 1934, 4 aus dem Jahre 1945, 6 aus dem Jahre 1946, 5 aus dem Jahre 1947, 1 aus dem Jahre 1948, 1 aus dem Jahre 1949, 11 aus dem Jahre 1950, 15 aus dem Jahre 1951; hievon konnten 28 wegen gleichzeitiger Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer andern Behörde noch nicht behandelt werden. Die übrigen Geschäfte sind im Berichtsjahr eingegangen (davon 87 in den Monaten November und Dezember).

Es waren 92 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Artikel 94 OG zu behandeln.

12 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungs austausch mit dem Bundesrat oder den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1952 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1953 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben</i> (Art. 97 und 98 OG) . . .	55	112	167	117	50
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. <i>Registersachen</i>	6	25	31	23	8
2. <i>Zollsachen</i>	5	9	14	8	6
3. <i>Bürgerrecht</i>	—	2	2	2	—
4. <i>Spielbanken</i>	2	1	3	2	1
5. <i>Wasserrecht</i>	1	1	2	2	—
6. <i>Weitere Fälle</i> (Art. 100 OG) . . .	1	—	1	1	—
7. <i>Schutz der Uhrenindustrie</i> . . .	—	42	42	17	25
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. <i>gegen den Bund</i> (Art. 110 OG) .	5	1	6	1	5
b. <i>aus dem Beamtenverhältnis</i> (Art. 110 a OG)	6	5	11	8	3
IV. <i>Anstände über Befreiung von kantonalen Abgaben</i> (Art. 111 a OG) . . .	1	2	3	2	1
V. <i>Andere verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i> (Art. 111 i OG)	1	1	2	2	—
VI. <i>Disziplinarrechtspflege</i> (Art. 117 ff. OG)	—	5	5	2	3
Total	83	206	289	187	102

Von den 289 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch:

Nichteintreten	14
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit	42
Gutheissung	41
Abweisung	90
	<hr/>
	187

Von den 102 übertragenen Geschäften stammen 1 aus dem Jahre 1949, 1 aus dem Jahre 1950, 11 aus dem Jahre 1951 und die übrigen aus dem Jahre 1952 (davon 52 aus den Monaten November und Dezember).

V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 184 (5 mehr als im Vorjahre). Erledigt wurden 175, so dass 9 Fälle auf das Jahr 1953 übertragen werden mussten.

Die Erledigung erfolgte durch:

Nichteintreten	21
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	4
Gutheissung	51
Abweisung	99
	<hr/>
	175

Inspektionen wurden in diesem Jahre keine vorgenommen.

Die Berichterstattung der kantonalen Aufsichtsbehörden gab nur zu wenigen Bemerkungen Anlass.

Die von den zürcherischen Behörden nachgesuchte Bewilligung zur Vereinfachung des konkursamtlichen Rechnungswesens (Dispens von Vorschriften der Verordnung über die Geschäftsführung der Konkursämter) wurde unter bestimmten Voraussetzungen und Vorbehalten auf Zusehen hin erteilt.

Dem Schuldner ist die Teilnahme eines andern Gläubigers an der Pfändung auch dann anzuzeigen, wenn diese nicht ergänzt zu werden braucht. Dafür wurde ein neues obligatorisches Formular aufgestellt.

Von den an eidgenössische und kantonale Behörden erteilten Bescheiden seien erwähnt:

a. Die Stellungnahme zu Artikel 44 SchKG: Über die Zulässigkeit der Beschlagnahme von Schuldnervermögen für Strafuntersuchungskosten kann die Konkursverwaltung nicht selbständig entscheiden; beschwert sie sich über die von den Strafbehörden getroffene Verfügung, so hat sie nur Parteistellung.

b. Die Darlegung der Wirkungen einer dem Arbeitgeber des Schuldners nicht mitgeteilten Lohnpfändung, besonders hinsichtlich solcher Lohnbeträge, die dem Schuldner nach der Pfändung ausbezahlt worden sind.

c. Die unverbindlichen Bescheide über die Möglichkeit, den Beitrag des Arbeitnehmers an die AHV im Konkurs des Arbeitgebers von dem auf die Lohnforderung entfallenden Konkursbetreffnis abzuziehen, und über die Möglichkeit, den Konkurs unter Umständen trotz Hängigkeit eines Kollokationsprozesses (analog Art. 83, Abs. 2, der Verordnung über die Geschäftsführung der Konkursämter) zu schliessen.

Wie schon seit Jahrzehnten, konnte sich die Kammer auch dieses Jahr wiederholt von den leitenden Organen der Konferenz der Betriebs- und Konkursbeamten der Schweiz über Fragen der «Vollstreckungstechnik» orientieren lassen. Sie unterstützte deshalb auch das Gesuch der Konferenz um Bewilligung eines bescheidenen Bundesbeitrages.

Eisenbahn- und Gemeindesanierungen

Die aus dem Vorjahr übernommenen beiden Geschäfte betreffend Genehmigung von Gläubigerbeschlüssen und Bestätigung eines Nachlassvertrages sind in diesem Jahre erledigt worden. Den Begehren der beiden Eisenbahnunternehmungen hat die II. Zivilabteilung entsprochen.

Neue Fälle sind nicht hängig geworden.

VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

1. — Die Änderungen im Präsidium der Kommissionen sind im allgemeinen Teil dieses Berichtes aufgeführt. Im übrigen wird auf den Staatskalender verwiesen, der die Zusammensetzung der Kommissionen für die laufende, bis 1954 dauernde Amtsperiode nach ihrem Stande zu Beginn des Jahres wiedergibt.

2. — Den Jahresberichten der Präsidenten rfü 1952 entnehmen wir folgende Angaben:

Kreis I: Von 19 Geschäften (militärische Anlagen 1, PTT 1, SBB 11, Kraftwerke 5, Elektrizitätswerke 1) wurden 5 erledigt.

Kreis II: Von 17 Geschäften (militärische Anlagen 1, SBB 2, Privatbahnen 1, Kraftwerke 13) wurden 11 erledigt.

Kreis III: Von 7 Geschäften (militärische Anlagen 6, SBB 1) wurden 5 erledigt.

Kreis IV: Von 7 Geschäften (militärische Anlagen 1, SBB 1, Privatbahnen 2, Kraftwerke 2, Strassenbauten 1) wurden 2 erledigt.

Kreis V: Von 11 Geschäften (militärische Anlagen 4, PTT 1, SBB 1, Privatbahnen 1, Kraftwerke 3, Strassenbauten 1) wurden 8 erledigt.

Kreis VI: Von 8 Geschäften (militärische Anlagen 1, PTT 1, Privatbahnen 2, Kraftwerke 1, Elektrizitätswerke 3) wurden 4 erledigt.

Kreis VII: Von 23 Geschäften (Kraftwerke) wurden 8 erledigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, den 25. Februar 1953.

1075

Im Namen des Schweizerischen Bundesgerichtes,

Der Präsident:

Python

Der Gerichtsschreiber

Heiz
